Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags eine Illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3,90 Mk., monatlich 1,30 Mk. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk. Durch die Post vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundpreis von 25 bezw. 30 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 38 | Sonnabend, den 14. Februar 1920. | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die von der Entente in Berlin überreichte Auslieferungsliste ist noch umfangreicher als die vorläufige List, da sie eine Menge nicht namentlich festgestellter Angeschuldigter umfaßt.

* Die Veröffentlichung der deutschen Gegenliste wegen völkerrechtswidriger und unmenschlicher Handlungen im Kriege durch Ententeangehörige ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

* Bei der Volksabstimmung in Nordschleswig wurden nach dänischer Zählung 72 783 Stimmen für Dänemark und 24 793 für Deutschland gezählt.

* Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Schmidt entspricht, wie von zuverlässiger Quelle verlautet, in keiner Weise den Tatsachen.

* Von unterrichteter Seite aus Rom werden die Nachrichten, daß Freiherr v. Lucius in Rom als deutscher Geschäftsträger unerwünscht sei, als unrichtig bezeichnet.

* Der Gemeinderat von Mülhausen i. E. lehnte einen Antrag der bürgerlichen Parteien ab, Clemenceau zum Ehrenbürger zu ernennen.

* Der französische Ministerrat genehmigte die Wahl Alapettites zum Nachfolger Millerands als Generalkommissar von Elsaß-Lothringen.

* Der Schweizer Nationalrat lehnte den Antrag auf Aufhebung des Bankgeheimnisses ab.

Die erste Zone.

Nordschleswig fällt an Dänemark.

Die Volksabstimmung in der nördlichsten, ersten Zone Schleswigs über die zukünftige Staatsangehörigkeit ist vorüber. Sie hat das vorausgesehene Resultat gehabt, es wurden 24 393 deutsche, 72 773 dänische Stimmen, nach dänischer Meldung, abgegeben. Die Einwohnerzahl der Zone beträgt rund 150 000, etwa 110 000 Stimmberechtigte kamen

in Betracht. Dazu kamen noch etwa 20 000 außerhalb der Zone wohnende, aber dort geborene Stimmträger. Festzustellen ist, daß das Land den Ausschlag für Dänemark gegeben hat, die Städte stimmten durchweg für Deutschland.

*

„Up eewig ungedeelt" hieß es bisheran in dem schönen Ländchen zwischen Nord- und Ostsee. Seit dem 10. Februar 1920 ist dieser Wahrspruch dahin. Die im Friedensvertrag künstlich, ganz willkürlich geformte sogenannte erste Zone hat sich im Wege der Volksabstimmung für Dänemark entschieden — also zerreißt man geschichtliche, volkstümliche, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge, schneidet einen lebendigen Volkskörper auseinander und hißt den Danebrog, wo bisher die deutsche Flagge in Ehren geweht hatte. Urdeutsche Städte wie Tondern werden dänisch, weil eine Gesamtabstimmung für die ganze Zone beliebt worden ist, statt der einzig naturgemäßen Abstimmung Gemeinde für Gemeinde. Dänemark wollte nicht leer ausgehen bei dem großen Zusammenbruch, hat sich aber noch etwas darauf zugute getan, daß es sein nationales Ziel ohne Gewaltanwendung erreichen wolle. Nun, es gibt auch Gewaltmittel, die sich ohne Blutvergießen durchsetzen lassen. Es wird sich noch erst zu erweisen haben, auf welche Art von Rechtsbeugungen die menschliche Natur unversöhnlicher reagiert: ob auf diejenige, die mit der Waffe in der Hand ihren Willen durchzusetzen sucht, oder auf diejenige, die es vorzieht, auf anderen Wegen, mit künstlich zusammengewürfelten Stimmzetteln, einem mächtigen, bis an die Zähne bewaffneten Freund im Hintergrunde, sich in den Besitz von Land und Leuten zu setzen. Dänemark hat sich für den zweiten Weg entschieden.

Aber seiner Sache fühlte es sich von vornherein ganz sicher. Sonst hätte die Kopenhagener Regierung nicht kurz vor Toresschluß die Grundsätze bekanntgegeben, nach denen sie die ungeheuren Valutaunterschiede diesseits und jenseits der alten Grenze auszugleichen gedenkt, oder sie hat vielleicht absichtlich damit bis zum letzten Augenblick gezögert in der Annahme, daß ihre Mitteilungen dann keinen wesentlichen Schaden mehr würden anrichten können. Auch die preußische Regierung rückte erst in zwölfter Stunde mit dem Beschluß heraus, eine Summe bis zu 150 Millionen für Schleswig-Holstein zu Hilfszwecken auszuwerfen, von ihr jedoch soviel anteilig in Abzug zu bringen, wie deutsches Land an Dänemark verloren gehen würde. Um mit solchen Mitteln noch Einfluß auf die Entscheidung auszuüben, dazu waren aber die Dinge wohl schon längst zu weit gediehen. Die Dänen fühlten sich schon seit Wochen als die eigentlichen Herren des Landes, und wer noch zu schwanken schien, dem wurde mit einer Art von Speckpropaganda zu Leibe gegangen, der wir nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen hatten. Deutsche Beamte und Führer waren, kaum daß die internationale Kommission das Zepter in die Hand genommen hatte, des Landes verwiesen, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihm seit Jahrzehnten, ja seit ihrer Geburt angehörten oder nicht, ob sie zu den Stimmberechtigten gehörten oder nicht, während Agitatoren aus Dänemark bis hinauf zum Minister Hansen — dem früheren deutschen Reichstagsabgeordneten für Hadersleben-Apenrade — im Lande umherreisen und mit allen Mitteln die Wähler bearbeiten konnten. So kam es, wie es kommen mußte. Es war ein ungleiches Spiel, darüber kann keine gleißnerische Rechtsform, die für dieses zielbewußte Zweckverfahren ausgeklügelt wurde, hinwegtäuschen. Der deutsche Michel ist wieder einmal von seinem schlauen Nachbarn und sonstigen guten Freunden, die er ja in großer Zahl auf der Welt besitzt, tüchtig übers Ohr gehauen worden.

Der Kampf geht weiter; nach der ersten kommt die zweite Zone unserer Nordmark an die Reihe, nach dieser Ost- und Westpreußen und zuletzt wohl Oberschlesien. Mit Vorbedacht haben unsere Feinde die Abstimmung, deren sie von Anfang an ganz sicher sein konnten, vorweggenommen, um mit ihrem Ergebnis bei den späteren Entscheidungen hausieren zu gehen. Desto entschlossener muß auf unserer Seite alles zusammenhalten, was deutsch ist, desto reichlicher müssen die Gaben fließen für die Grenzschutzspende, die unseren schwer bedrängten Brüdern im Norden und Osten Hilfe bringen soll in ihrer Not. Noch ist manches zu retten an unseren Grenzen. Werfen wir nur nicht die Flinte zu früh ins Korn.

Dr. Sy.

Das Ententeverfahren gegen „Ungenannt".

Erweiterung der Auslieferungsliste.

Der Kreis der von der Entente der Kriegsverbrechen angeschuldigten und zur Auslieferung begehrten Personen hat sich noch bedeutend erweitert. Bei der nunmehr formell in Berlin überreichten Liste stellte sich heraus, daß außer den schon bekannten Persönlichkeiten zahlreiche Beamte und Offiziere verlangt werden, deren Namen drüben nicht festgestellt wurden, so daß man sich damit begnügt hat, die Amts- oder Dienststelle zu nennen. Viele hunderte weiterer Angeklagter werden auf diese Weise geschaffen. Wie weit die Entente dabei greifen will, erhellt z. B. aus einem Punkte der französischen Liste, wo es heißt: „Die verantwortliche Person oder die verantwortlichen Personen der Regierung und des Großen deutschen Generalstabs für die gegebenen Befehle." Ferner werden gefordert eine große Seite von namentlich nicht aufgeführten Befehlshabern deutscher Armeen, Armeekorps, Divisionen, Brigaden und Regimenter. Es hat fast den Anschein, als ob die Menge der ungenannten Angeschuldigten hinwegtäuschen soll über das vorläufig noch fehlende Beweismaterial.

*

Das rheinische Faustpfand.

Pariser Blätter brachten die Nachricht, der Ministerpräsident Millerand habe der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die Frist, von der an die **rheinische Besetzung** gerechnet wird, wegen Nichtinnehaltung des Friedensvertrages hinausgeschoben werden solle. **An Berliner unterrichteten Stellen ist von einer solchen Mitteilung bisher nichts bekannt** geworden. Es wird sich also vorläufig nur um die Drohung eines Pariser Hetzblattes handeln.

Die Nachricht ist auch deshalb unglaubwürdig, weil sich die Auslieferungsliste noch gar nicht in Berlin befand, als die Note Millerands abgegangen sein sollte. Was die Klagen wegen angeblicher Lieferung von schlechter Kohle an Frankreich betrifft, so schweben gerade darüber Verhandlungen, deren Verlauf bisher ein Eingreifen der französischen Regierung in keiner Weise verständlich machen würde.

Reichspräsident und Minister des Äußeren zur Auslieferung.

Zahlreiche Zuschriften, die dem Präsidenten Ebert andauernd die Erregung der Bevölkerung über das Auslieferungsverlangen bekunden, veranlassen ihn zum Dank für diese Kundgebungen des Vertrauens. Er ist mit der gesamten Reichsregierung der Ansicht, daß die Forderung der Entente unerfüllbar ist und versichert allen Einsendern, daß er und die Regierung alles daran zu setzen gewillt sind, um Deutschland diese schwerste aller Forderungen zu ersparen.

Reichsminister des Auswärtigen Müller unterstrich in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der Londoner „Daily News", das Kabinett sei in dieser Frage absolut einig. Die Auslieferungsliste, die die Alliierten aufzustellen für gut befanden, wird vom deutschen Volke nicht als eine gerechte und rechtlich begründete Maßnahme im Verlaufe eines gerichtlichen Verfahrens, sondern lediglich als eine neue und beabsichtigte Demütigung der deutschen Nation empfunden . . . Der Minister schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieser Triumph des militaristischen Geistes über die Gesetze der Menschlichkeit kein endgültiger sein möge.

Der bayrische und der sächsische Landtag protestierten übereinstimmend gegen das Auslieferungsbegehren der Entente.

*

Deutsches Verfahren gegen Kriegsverbrecher.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat der Reichsjustizminister den Oberreichsanwalt angewiesen, in jedem möglichen Fall gegen eines Kriegsverbrechens beschuldigte Personen auf Grund der Liste oder auch anderer Mitteilungen die Untersuchung einzuleiten. Außerdem sollen schon von uns geführte Untersuchungen, z. B. in Fragen vorgeworfener Gefangenenmißhandlungen gegebenenfalls wieder aufgenommen werden. Der Reichsjustizminister läßt außerdem jetzt das Material sammeln von solchen Fällen, die denen von uns während des Krieges und des Revolutionsjahres Verurteilungen erfolgt sind wegen Vergehen, die denen ähnlich sind, wie sie in der Liste vorgeworfen werden. Auch dieses Material soll veröffentlicht werden.

„Gegen alles hergebrachte Recht."

Einem Vertreter der „Chicago Tribune" erklärte Reichsfinanzminister Erzberger u. a. zur Auslieferungsfrage: „Wir haben uns bereit erklärt, Personen, denen wirkliche Kriegsverbrechen nachgewiesen werden können, vor einem Gerichtshof zur Verantwortung zu ziehen und haben der Entente dabei die Möglichkeit gegeben, sich von der vollkommenen Objektivität der Behandlung dieser Angelegenheiten zu überzeugen. Wenn die Entente sich darauf nicht einlassen wollte, so muß dies den Anschein erwecken, als ob es ihr überhaupt nicht so sehr um ein objektives Urteil in der Schuldfrage, sondern vielmehr um eine Befriedigung maßloser Rachegefühle zu tun sei." Das Verlangen der Entente richtet sich gegen alles hergebrachte Recht. Es ist keine Gegenseitigkeit geboten, keine objektive Schuldfestsetzung garantiert. Das aber widerspricht dem Rechtsempfinden und dem Rechtsbewußtsein aller zivilisierten Nationen.

Millerands neue Drohungen.

Die Franzosen rütteln am Friedensvertrag.

Der deutschen Mission in Paris hat der französische Ministerpräsident Millerand eine Note zugehen lassen, in der er die Lieferung der Kohlen an Frankreich bemängelt.

Deutschland habe sieben Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich zu liefern, außerdem eine weitere Kohlenmenge als Ausgleich für den fehlenden Ertrag aus den durch den Krieg zerstörten französischen Gruben. Deutschland habe sich verpflichtet, bis zum 30. April 1920 monatlich den Alliierten 1 660 000 Tonnen zu liefern. Das entspricht einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen und stellt den Ersatz der Förderung der zerstörten französischen Bergwerke dar. Deutschland habe im Dezember 10 450 000 Tonnen Kohlen erzeugt. Davon hätten an die alliierten Mächte 2 500 000 Tonnen gehen müssen, geliefert seien nur 600 000 Tonnen worden.

Die französische Regierung kündigt an, da Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, beginnen die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete nicht zu laufen. Falls bis zum 1. März alle Verpflichtungen nicht erfüllt seien, würde Frankreich wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln ergreifen.

Außerdem werden Maßregeln gegen Deutschland angedroht, wie sie die Umstände erheischen, und wie sie als Bedingungen für das Inkrafttreten des Vertrages vorgesehen sei.

*

Die deutsche Antwort.

Halbamtlich werden zu diesem Vorstoß von zuständiger deutscher Seite Erklärungen veröffentlicht, in denen betont wird, für die Behandlung der Kohlenlieferungen aus dem Friedensvertrag sei lediglich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Der französische Ministerpräsident habe sich mit dieser Note Befugnisse angemaßt, die ihm nicht zustehen; daher ist es auch nicht verwunderlich, daß seine Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlußfolgerungen gelangt.

Die Verpflichtungen Deutschlands seien unrichtig wiedergegeben. Eine Verpflichtung Deutschlands zur Lieferung bestimmter Mengen bestehe nicht. Die bisherigen Kohlenlieferungen seien als durchaus freiwillig zu betrachten, ohne schwere wirtschaftliche Schädigungen seien vorläufig bedeutende Lieferungen durch Deutschland nicht möglich. Diese als großes Opfer zu betrachtende freiwillige Leistung, gegen die sich die allerernstesten Bedenken aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erhoben haben, hätte eigentlich volle Anerkennung von seiten der Alliierten verdient.

Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf Vergeltungsmaßregeln, die nach dem Vertrage nur im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, sowie auch eine Änderung des Artikels 429 des Friedensvertrages, der die Räumungsfristen für die besetzten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Frage ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig.

Es sei nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuß Anlaß finden könnte, derartige Maßregeln in Erwägung zu ziehen.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 13. Februar.

Gegen die Millerandnote.

Berlin. Donnerstag fand in der Reichskanzlei ein Kabinettsrat statt, der über die Antwort auf Millerands Note beriet. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, es ist aber wahrscheinlich, daß in der deutschen Antwort hervorgehoben wird, die Art der Kohlenlieferung sei lediglich durch die Entente verursacht. Die Deutschland weggenommenen Lokomotiven verkämen nutzlos auf toten Gleisen in Frankreich und Belgien. Hätte man sie zurückgegeben, so hätten bedeutend mehr Kohlen befördert werden können, die in großen Mengen ohne Transportmöglichkeit auf den Halden lägen.

Eingeschränkter Börsenverkehr in Berlin.

Berlin. Der hiesige Börsenvorstand beschloß in seiner Donnerstag-Sitzung, die Fondsbörse während der kommenden zwei Wochen am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend geschlossen zu halten. Die Devisenkurse werden an den Börsenruhetagen wie bisher notiert.

Weitere Vertagung des Prozeß Kessel.

Berlin. Das Befinden des Hauptmanns v. Kessel hat sich verschlechtert, so daß auf eine Fortsetzung des Prozesses einstweilen nicht zu rechnen ist. In juristischen Kreisen gehen die Ansichten darüber auseinander, ob in diesem Fall überhaupt an eine Wiederaufnahme der Verhandlung vor dem Kriegsgericht zu denken ist. Da Kessel aus dem Militärverhältnis ausgeschieden ist, erscheint es möglich, daß er dem Schwurgericht überwiesen wird.

Abstimmung am 14. März für die 2. Zone.

Flensburg. Auf Grund einer Eingabe der Internationalen Kommission ist die Abstimmung für die 2. Zone von Nordschleswig auf Sonntag, den 14. März, verschoben worden. Ursprünglich sollte die Abstimmung am 7. März stattfinden.

Ärzte-Demonstration gegen die Auslieferungsliste.

Brunsbüttelkoog. Das Auslieferungsbegehren der Entente veranlaßte die hiesigen Ärzte zu dem Beschluß, die Schiffe jener Nationen, die die Auslieferung verlangen, zur Ausübung ärztlicher Hilfe nicht zu betreten, so daß kranke Seeleute ins Krankenhaus gebracht werden müssen. Die Ärzte in Rendsburg und Kiel dürften sich diesem Schritt anschließen.

Wiedereinführung der Brotkarte in Frankreich.

Paris. Es heißt hier, daß die französische Regierung beabsichtigt, demnächst wieder die Brotkarte für ganz Frankreich einzuführen.

Der bevorstehende Amtsantritt Deschanels.

Paris. Am 18. Februar wird Deschanel unter dem üblichen Zeremoniell sein Amt als Präsident der Republik antreten. Ministerpräsident Millerand wird dann sein Abschiedsgesuch einreichen, aber es ist wahrscheinlich, daß Deschanel ihn bitten wird, mitsamt seinem Kabinett im Amt zu bleiben.

Französische Gelüste nach dem Ruhrbecken.

Paris. Das Blatt „Intransigent" schreibt, es wäre sehr leicht möglich, daß Frankreich dazu übergehen würde, das Ruhrkohlengebiet zu besetzen, falls Deutschland seine Kohlenverpflichtungen nicht erfülle.

Antrag zur Friedensrevision im englischen Unterhaus.

London. Der Führer der Liberalen im englischen Unterhaus, Sir David Maclean, hat angekündigt, daß er einen Abänderungsantrag betreffend die Revision des Friedensvertrages einbringen werde. Maclean sagte, auch der französisch-englisch-amerikanische Vertrag müsse abgeändert werden.

Fochs militärische Garantien.

Brüssel. Der Deputierte für Nancy, Louis Marin, sagte hier in einem Vortrage: „Demnächst werden Briefe des Marschalls Foch erscheinen, die Garantien militärischer Art längs des Rheins fordern und sensationell wirken müssen. Es handelt sich um die Garantien, die uns verweigert worden sind. Solange wie Belgien nicht die Mündung der Schelde hat, solange Lüttich nicht vor den deutschen Kanonen sicher ist, ist Belgien in Gefahr, und ebenso ist es Frankreich.

Drahtlose Telephonverbindung England—Amerika.

Rotterdam. Die Marconi-Gesellschaft teilt mit, in kurzer Zeit werde der telephonische Verkehr zwischen England und Amerika auf drahtlosem Wege eröffnet werden.

Die Sozialisten gegen den Westverband.

Rotterdam. Der „Manchester Guardian" meldet, daß auf Einladung der belgischen Sozialisten in London in den nächsten vierzehn Tagen eine Zusammenkunft von belgischen und französischen Sozialisten sowie Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei stattfinden soll, um gegen den neuen Dreiverband Frankreich, England und Belgien zu protestieren.

Ministerpräsident Hirsch über Schleswig.

Berlin. Zu dem Ausfall in der ersten Abstimmungszone von Schleswig äußerte sich der preußische Ministerpräsident Hirsch, das Ergebnis werde die preußische Regierung nicht entmutigen. Mit verdoppelter Energie werde sie die Wahlen in der zweiten Zone vorbereiten. Aus dem jetzigen Wahlausfall habe man auf deutscher Seite Lehren gezogen, die man bei den Arbeiten für die zweite Zone berücksichtigen werde.

Abermaliges Verbot der Roten Fahne.

Berlin. Das Berliner Organ der Kommunistischen Partei, die Rote Fahne, ist vom Oberkommandierenden wegen eines Aufrufs „An die Proletarier aller Länder" und eines Artikels „Die Auslieferungskrisis und die revolutionäre Aufgabe" bis zum 25. Februar einschließlich verboten worden. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Verbot gibt der in dem Aufruf enthaltene Satz: „Was ist die deutsche Regierung als ein Haufen Schmutz an den Rockschößen der Ludendorff und Lüttwitz?"

Aufruf zur Lieferung von Brotgetreide.

Berlin. Die Brandenburgische Landwirtschaftskammer sagt in einem Aufruf an die Landwirte, die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide sei infolge der ungenügenden Ablieferung auf das schwerste gefährdet. Der Aufruf schließt: „Tut eure Pflicht, liefert euer Brotgetreide unverzüglich ab, bewahrt euch und uns vor dem Kampf aller gegen alle!"

Schlesiens Beamte gegen die Auslieferung.

Breslau. Oberpräsident Philipp brachte zugleich im Namen des Regierungspräsidenten und des Polizeipräsidenten von Breslau dem Minister des Inneren zur Weiterleitung an die Reichsregierung eine Entschließung der höheren, mittleren und unteren Beamten und Angestellten zur Kenntnis, welche das entehrende Ansinnen der Feinde auf Auslieferung von Deutschen mit aller Entschiedenheit zurückweist. Die Beamten lehnen jede Mitwirkung bei der Durchführung des Auslieferungsbegehrens ab.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln.

Oppeln. Die hier eingetroffene Interalliierte Kommission wurde vom Regierungspräsidenten Bitta empfangen. Bitta gab die Versicherung ab, daß die deutschen Beamten weiterhin ihre Pflicht erfüllen werden. Der französische General Le Rond antwortete in französischer Sprache und gab die Versicherung ab, daß die Interalliierte Kommission sich der Gerechtigkeit befleißigen werde.

Aufnahme der Arbeit in Hamburg.

Hamburg. Eine Mittwoch morgen abgehaltene Vollversammlung der Angestellten der Hochbahn, Straßenbahn und Alsterdampfer nahm die Vorschläge der Direktion unter Protest an. Der drohende allgemeine Streik der Verkehrsangestellten ist damit beseitigt.

Der Fischereibetrieb ist lebenswichtig.

Hamburg. Durch den Streik der Fischdampferoffiziere und durch den Kohlenmangel wird die Fischversorgung Deutschlands auf das schwerste gefährdet. Deshalb hat der Garnisonälteste im Einvernehmen mit dem Reichskommissar bestimmt, daß die Fischversorgungsbetriebe als lebenswichtige Betriebe anzusehen und daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen sind.

Kreditbedingungen der Entente für Österreich.

Wien. Die Pariser Botschafterkonferenz hat dem österreichischen Staatssekretär Reisch u. a. folgende Anregungen unterbreitet: Erstens wolle man Österreich einen langfristigen Kredit für die Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft gewähren, zweitens soll zur Sicherung der Verzinsung und Tilgung dieses Kredits die Gesamtheit der nach dem Friedensvertrage zur Verfügung der Entente stehenden Einnahmequellen Österreichs herangezogen werden, drittens soll zur Überwachung des Dienstes dieses Kredits schon jetzt eine Kommission eingesetzt werden.

Italien für ein Kompromiß.

Wien. Die italienische Regierung ist nach wie vor der Ansicht, daß man in der Auslieferungsfrage den Bogen nicht überspannen solle. Sie tritt andauernd für ein Kompromiß ein.

Lloyd Georges „fauler Streich".

Genf. Der Pariser „Temps" schreibt, es sei paradox, daß Deutschlands ganzer Zorn wegen der Auslieferungsliste sich gegen Frankreich richte. Die stärkste Initiative für die Auslieferung habe Lloyd George entwickelt, der geradezu seine Wahlkampagne darauf aufgebaut habe. Es scheine, als wenn Lloyd George mit der Auslieferungsidee seinen Alliierten einen faulen Streich gespielt habe.

Französisch-englische Spannung.

Amsterdam. Nach hiesigen Pressestimmen soll das unmittelbare Ergebnis der Londoner Besprechungen die Wiederherstellung der erkalteten oder gar abgebrochenen englisch-französischen Freundschaft sein. Die Intimität sei nicht mehr so, wie sie für das Wohl und die Ruhe der beiden Länder nötig sei. Es herrsche Mißtrauen sowohl auf militärischem wie auf diplomatischem Gebiete.

Henderson über Irland.

London. Der Arbeiterführer Artur Henderson äußerte sich nach seiner Rückkehr äußerst pessimistisch über die Lage in Irland. Er erklärte, die Sinn-Feiner würden erst befriedigt sein, wenn Irland eine Republik sein werde. Sie hätten jetzt jedes Vertrauen zu England verloren. Die einzige Lösung des Problems sei, das Selbstbestimmungsrecht dem irischen Volke zu gewähren.

Erzberger gegen Helfferich.

(Zwölfter Tag.) § Berlin, 12. Februar.

Die Verteidigung Helfferichs stellt bei Beginn der heutigen Sitzung den Antrag zur Vernehmung des Regierungs- und Baurats Morgenstern. Er soll bekunden, daß entgegen den Aussagen des Kommerzienrats Berger und Reichsfinanzministers Erzberger schon sehr intime Beziehungen zwischen diesen beiden Zeugen während der schiedsrichterlichen Tätigkeit Erzbergers bestanden hätten. Die fortgesetzte Vernehmung des Kommerzienrats Berger dreht sich darum, ob Erzberger schon als Aufsichtsrat bei der Firma Berger in Aussicht genommen war, als er als Schiedsrichter fungierte. Der Zeuge gibt dazu keine sichere Aufklärung. Regierungsbaumeister Hatzki, früher Geschäftsführer bei der Firma, sagt aus, damals sei über die Berufung Erzbergers in den Aufsichtsrat nicht gesprochen worden. Zwischen Erzberger und Berger hätten oft Unterredungen stattgefunden. Erzberger habe seine Informationen im Bureau von Berger eingeholt. Man sei mit seinen Schiedssprüchen sehr zufrieden gewesen. Dasselbe bekundet Regierungsrat Morgenstern. Er hat jedoch den Eindruck gehabt, daß zwischen Erzberger und Berger

die Beziehungen über das erlaubte Maß hinausgingen.

Berger habe mit seinem emphatischen Wesen den Schiedsrichter zu seiner Ansicht zu bekehren versucht. Schon 1915 habe man Erzberger in den Aufsichtsrat wählen wollen. Seine Wahl sei wegen seiner Beziehungen zur Regierung erfolgt.

Zeuge Staatsminister Spahn

gibt eine ausführliche Darstellung der damaligen Vorgänge. Es ist ihm aufgefallen, daß Erzberger allein in der Budgetkommission für eine erneute Prüfung der Streitigkeiten des Fiskus mit Berger eingetreten sei. Er als Jurist müsse es als nicht angängig bezeichnen, daß ein Mitglied der Budgetkommission als Schiedsrichter gegen den Fiskus tätig sei.

Generalmajor v. Oldershausen als Zeuge sagt aus, beim Bau großer Objekte in der Nähe von Brest-Litowsk durch die Firma Berger hätten sich Unregelmäßigkeiten gezeigt. Die Verleihung des Eisernen Kreuzes an Berger sei durch Erzberger befürwortet worden. — Zeuge Exzellenz von Jonquières hat ebenfalls die Tätigkeit Erzbergers als Schiedsrichter in vielen Fällen außer dem Bergerschen sonderbar gefunden.

Weitere Zeugenvernehmungen.

Geheimrat Kumbier, seinerzeit beim Feldeisenbahnwesen, kann nichts Wesentliches aussagen, ebensowenig Baumeister Stallmann. Zeuge Ingenieur Bruno Koch erklärt, er habe in allen Fällen, in denen der Fiskus in einer als nicht reell von ihm zu bezeichnenden Weise gegen Unternehmer vorging, die Gepflogenheit, Abgeordnete als Schiedsrichter zuzuziehen. Der juristische Ratgeber der Firma Berger, Rechtsanwalt Wolffenstein, weiß nichts von einer Besprechung zwischen Berger und Erzberger über den Schiedsspruch. Berger ist der Schwiegervater Wolffensteins. Über einen intimen Verkehr Bergers mit Erzberger weiß er nichts. Es werden dann die Schiedssprüche verlesen und schließlich die Verhandlung vertagt.

Momentaufnahmen im Gerichtssaal.

Aus dem Helfferich-Prozeß.

§ Berlin, im Februar.

Die Gegner sind — wie die in solchen Fällen stets angewandte Clichéphrase lautet — bereits vor der festgesetzten Stunde zur Stelle. Sie würdigen einander kaum einer flüchtigen Betrachtung. Erzbergers Augelein schwäbeln provozierend heiter: „Da bin ich wieder, mein Junge." — Helfferichs harte Blicke erwidern ironisch: „Gottlob, ist dir nicht allzuviel geschehen!" Gute Hasser sind die wärmsten Anteilnehmer. Um das Objekt ihrer Rache — die nach einem erprobten Rezept kalt genossen werden soll — oft besorgter als der Bräutigam um das Liebchen. Man möchte schwören, ja fast wetten: Als die Kugel eines dummen Jungen Erzberger auf das Krankenlager warf, biß sich Helfferich in ohnmächtigem Zorn die Lippen. Da hatte er nun nach langer, mühseliger Vorarbeit den Todfeind, trotz seiner aalglatten Behendigkeit, glücklich vor den Lauf der Pistole gebracht, schon war der Zweikampf im besten Gange, und nun sollte plötzlich — noch lange, ehe der tödliche Herzschuß saß — alles zu Ende, alles umsonst gewesen sein? Wahrlich, er zitterte um den Skalp seines Feindes, dieser Helfferich!

*

Geschulte Ringer werfen einander, auch wenn es um die Meisterschaft geht, das ganze Renommee auf dem Spiele steht, nicht gleich am ersten Abend. Sie massieren sich den Nacken, daß die Wirbelsäulen krachen. Auch wenn eine Schulter schon den Boden berührt, schnauben und schwitzen nur die Laien auf der Galerie. Der Fachmann aber kennt die Pirouette, die jählings die ganze Lage rettet. Geduldig harrt der Unbeteiligte, der weder zum Anhang des einen noch des andern gehört, dem es im Grunde völlig gleichgültig ist, wer unterliegt, des Ausgangs. Und läßt seine Gedanken schweifen . . .

*

Helfferich geht aufs ganze: auf Erzbergers Vernichtung. Das verrät jede Gebärde, jeder Blick, jedes Wort. Sein Haß ist heute so frisch wie am ersten Tage. Er hat das Antlitz, dem jede Güte fremd ist, mit einer leichten Röte überzogen, die wie eine Schminke sitzt. Ansonsten aber wird seine Erregtheit durch Überlegung gebändigt. Wenn Helfferich über die Stränge schlägt, dann tut er es mit Absicht und Willen. Man sieht, hier agiert einer, der sein Leben lang zu befehlen gewohnt ist. Kein preußischer Beamter, der selbst zu gehorchen gelernt hat, sondern einer, der sich kraft eigenen Rechts auf den Herrenstuhl gesetzt hat.

*

Auch Erzbergers schwäbische Bonhomie wird nur der flüchtige Beobachter für harmlos halten. Aktive Politiker eines demokratischen Staates müssen erfahrungsgemäß ein dickes Fell besitzen. Er hat unbestreitbar das dickste. Gemütlose Spötter behaupteten am Tage des Attentats, es sei das erstemal, das der behäbige Reichsminister sich getroffen gefühlt habe. Auch Siegfrieds stärkste Waffe war die Unverwundbarkeit. Helfferich kennt die Konstitution seines Feindes: „kenne Ihnen zwar, Herr Doktor, aber muß nach der Fersel" Ob er sie trifft?

*

Wer Luft schnappen geht, muß sich beim Wiederbetreten des Saales einer neuen Leibesvisitation unterwerfen. Der Saaldiener sagt: „Ich kenne Ihnen zwar, Herr Doktor, aber muß nach die Vorschrift handeln!" Für Kitzliche ist das Gehängtwerden und solch eine Prozedur gleichermaßen peinlich. „Hihihi" quiekt ein alter vertrockneter Aktuar, den man vordem noch nie lachen hörte, als der Uniformierte ihn unter den Armen betupft.

*

Aktenstücke werden stets so verlesen, daß kein Anwesender ein Wort versteht. Das scheint wohl erwogene Absicht zu sein, damit der Gerichtssaalkiebitz nicht meine, der Vortrag sei eine Lustbarkeit zu seinem Privatvergnügen. Die beschäftigungslosen Zuhörer räuspen sich und beweisen durch ihr kräftiges Schnauben, daß die Grippe noch grassiert. Recht erheiternd ist zu sehen, mit welcher Geschicklichkeit der Rechtsbeistand Erzbergers, der jüngere, Dr. Friedländer — der mit dem Attentäter wie Jakob mit dem Erzengel rang — unter den Augen des Gerichts eine Schokoladentafel verspeist. Er simuliert Gähnen und schiebt unter der vorgeschobenen Hand mehrere braune Quadrate zwischen die Lippen. Wie auf stillschweigende Vereinbarung verzehrt Herr Helfferich zu gleicher Zeit sein Brötchen. Da die Operation von beiden Seiten mit größter Diskretion durchgeführt wird, bleibt dem Vorsitzenden die Peinlichkeit erspart, den Vorgang rügen zu müssen. Wenn seine Blicke zufällig in die Richtung schweifen, wo die Missetäter sitzen, stellen die Backen die Kautätigkeit ein. Mit Wehmut denkt man ans Gymnasium zurück, wo man solche Eßkunststücke lernte und übte. Da sieht man wieder, wie man im Leben alles gebrauchen kann, was man in der Schule lernt.

*

Bei allen Prüfungen ist Helfferich Primus. Donnerwetter, alle Achtung, wie der die Materie beherrscht. Wenn ein Schüler, pardon, ein Zeuge, auch nur das belangloseste Datum verwechselt, erhebt er sich schon in Leibesgröße. Man kann ohne Übertreibung behaupten, er habe Erzbergers gesamtes Leben auswendig gelernt. Ich wette, er wäre imstande, dessen Biographie ohne Behelfe fast im Schlafe zu diktieren.

*

Neue Verlesungen ohne Ende erzeugen neue Schnupfenepidemien und jagen den Gelegenheitsbesucher aus dem hohen Saal. Fröstelnd eilt man über die Fliesen und besinnt sich, der Alltagssorgen wieder gedenkend, daß es höchste Zeit sei, einmal für den eigenen Katarrh etwas zu tun. Wie wär's wenn man es einmal mit dem Mittel versuchte, das Herr Erzberger, wie gerichtsnotorisch erwiesen, nur im Interesse der Sache förderte? Donnerwetter, wie hieß das Zeug nur? Herr Apotheker, rasch eine Flasche Pnigodin!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Der Wortlaut des Betriebsrätegesetzes** sowie eine „Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz" werden im Reichsanzeiger veröffentlicht. Diese Wahlordnung umfaßt allein 6½ Druckspalten; sie ist mit Zustimmung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung erlassen. Die Beschaffung dieser Wahlordnung ist für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich wichtig.

✚ **Danzig unter Entente-Verwaltung.** Der Vertreter der verbündeten Ententeregierungen Sir Reginald Tower traf in Danzig ein und wurde vom Oberbürgermeiste Sahm empfangen. Der Oberkommissar Tower dankte dem Bürgermeister und sagte, seine Bemühungen würden nur den gewünschten Erfolg haben, wenn jeder Bürger ihn unterstütze. Es unterliege keinem Zweifel, daß, solange das Volk in ge-

meinsamer Arbeit seine ganze Energie und Tatkraft allein dem friedlichen Ziele seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft einen neuen und glorreichen Zeitabschnitt in der Geschichte Danzigs eröffnen werde.

✚ **Ausnahmezustand für die Deutschen in Oppeln.** Jede öffentliche Versammlung ist von den Verwaltungsbehörden untersagt worden, angeblich infolge von Zwischenfällen beim Einzug der fremden Truppen. Politische Plakate müssen den Abstimmungsbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Jede Person, die sich einer Beleidigung der alliierten Vertreter schuldig macht, wird von einem aus Vertretern der Alliierten gebildeten Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

✚ **Sonnenfelds Auslieferung.** Der aus dem Sklarez-Fall bekannte, in Holland verhaftete Sonnenfeld jun. und die mit ihm gleichfalls nach Hollund flüchtig gewordene Gertrud Schlack werden am 19. Februar in Gronau der deutschen Behörde übergeben werden.

✚ **Die Entente verbietet den Polizeiluftdienst.** Die Pariser Botschafterkonferenz hat das Verlangen der deutschen Regierung, einen Luftdienst zu Polizeizwecken beizubehalten, als gegen den Versailler Vertrag verstoßend abgelehnt. Dieser Beschluß hat auch Geltung für die österreichische Regierung.

✚ **Das Saarrevier unter politischem Druck der Franzosen.** Wie aus Saarbrücken durch die französische Agentur Havas gemeldet wird, hat der die Herrschaft ausübende General Wiebel bestimmt, daß niemand in einer öffentlichen Versammlung das Wort ergreifen darf oder sich an einer Auseinandersetzung beteiligen darf, der nicht im Saargebiet ansässig ist.

✚ **Verminderung der bayerischen Ministerien.** Am 1. April d. Js. wird nach einer Mitteilung des Ministers Endres im Finanzausschuß das bayerische Verkehrsministerium zu bestehen aufhören. Über die Auflösung des Ministeriums des Äußern, das nach dem Wegfall der bayerischen Gesandtschaften im Auslande entbehrlich wird, wird dem Landtage in allernächster Zeit eine Vorlage der Staatsregierung zugehen.

Großbritannien.

✖ **Die Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments** führt aus, der König habe infolge der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland seinen Vertreter nach Berlin entsandt, der dort als Geschäftsführer fungieren solle, und er sei im Begriff, den deutschen Vertreter am Hofe von St. James zu empfangen. Er beabsichtige, demnächst dem Friedensvertrag mit Österreich seine Genehmigung zu erteilen. Die Verhandlungen über den Friedensvertrag mit der Türkei würden mit größtmöglicher Eile gefördert. Die Thronrede kündigt Gesetzentwürfe über den Verkauf von geistigen Getränken und über die Erwerbung der Kohlenbergwerksrechte durch den Staat.

✖ **Die englische Arbeiterpartei für Abänderung der Friedensbedingungen.** Bei der Debatte über die Antwort auf die Thronrede erklärte im Unterhause der Führer der Arbeiterpartei Adamson: Ich bin der Ansicht, daß einige Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland so schwer sind, daß wenig Hoffnung besteht, sie auszuführen. Wir erblicken Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk von den Alliierten die eine oder andere Abänderung der auferlegten Bedingungen erwartet, und ich möchte den ersten Ministern und den Mitgliedern der Regierung vorschlagen, bevor die Verträge mit Österreich, Bulgarien, der Türkei und Ungarn perfekt sind, die Lage zu erwägen und genau zu untersuchen, damit, bevor diese Verträge endgültig ratifiziert sind, ein dauernder Friede gesichert werden kann.

Rußland.

✖ **Vordringen der roten Armeen.** Aus einem Bericht des englischen Kriegsministeriums erfährt man, daß die roten Truppen ihren Vormarsch in der Richtung des Dnjestr fortsetzen. In der Krim seien die bolschewistischen Streitkräfte zurückgedrängt worden, am Don hätten sie schwere Verluste erlitten. Eine Abteilung konnte immerhin das Asowsche Meer durchqueren und sich an dem südlichen Ufer festsetzen.

Norwegen.

✖ **Spitzbergen unter norwegischer Oberhoheit.** Das in Paris unterzeichnete Abkommen über Spitzbergen garantiert Norwegen die uneingeschränkte Oberhoheit über die Inselgruppe. Es sichert den Angehörigen der vertragschließenden Großmächte Gleichberechtigung in Fischerei, Jagd und Grubenerschließungen zu.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 13. Februar.

Sonnenaufgang	7^{25}	Mondaufgang	2^{17}
Sonnenuntergang	5^{05}	Monduntergang	11^{09}

1883 Richard Wagner gest. — 1912 Die Konstituierung der Republik China wird den Mächten angezeigt. — 1919 Scheidemann wird Ministerpräsident.

□ **Landwirtschaftliche Winterschulen.** Der preußische Landwirtschaftsminister hat erneut sämtlichen Regierungspräsidenten nachdrücklichst nahegelegt, in denjenigen Kreisen, welche bislang noch keine landwirtschaftliche Schule besitzen, für die baldige Einrichtung einer derartigen Anstalt den größtmöglichen Einfluß geltend zu machen. Gerade in den östlichen Provinzen ist die Zahl der landwirtschaftlichen Schulen noch verhältnismäßig gering. Das von allen um die Hebung der Landwirtschaft bemühten Stellen seit länger als einem Jahrzehnt verkündete Wort „Jedem Landkreis eine Landwirtschaftliche Winterschule" muß endlich zur Tat werden. Die Not der Zeit zwingt zu tatkräftigem Handeln und verlangt auf allen Gebieten eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G.), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

Börsenplätze	12. 2. Geld	12. 2. Brief	11. 2. Geld	11. 2. Brief	10. 2. Geld	10. 2. Brief
Amsterdam G	3796	3804	3821	3829	3746	3754
Kopenhagen Kr.	1463½	1466½	1478½	1481½	1463½	1466½
Stockholm Kr.	1868	1872	1888	1892	1848	1852
Christiania Kr.	1698¼	1701¾	1728¼	1726¾	1673¼	1676¾
Bern Fr.	1663¼	1666¾	1678¼	1681¾	1628¼	1631¾

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

✱ **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 12. Februar: Hafer für 1000 Kilogramm loko 4280—4300 ab Bahn, auf sofortige Verladung 4320—4340 Mark ab Station. Tendenz fest.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 400—540 Mark, gelbe und grüne Erbsen 820—470 Mark, Bohnen, weiße inländische 400—490 Mark, Peluschken 225—230 Mark, Pferdebohnen 220—235 Mark, Wicken 180—200 Mark, Lupinen 90—102 Mark, Seradelle 128—135 Mark, Wiesenheu, lose, 46—54 Mark, Stroh, drahtgepreßt 27—35 Mark, gebündelt 26—31 Mark, Runkelrüben 8—8¼ Mark, je nach Abladestation, Kohlrüben, gelbe 8—8¼ Mark, weiße 5¾—6 Mark, Trockenschnitzel 92—94 Mk., dito Patent Steffen 105—108 Mark, Rotklee, inländischer seidefrei 1800 bis 2400 Mark, Buchweizen 235—245 Mark.

✱ **Neue Silberpreise der Reichsbank.** Da der private Handel mit Silbermünzen fernerhin untersagt ist, hat die Reichsbank mit dem Ankauf vorläufig nur die Post betraut. Der Ankaufspreis wurde auf das Achtfache des Nennwertes erhöht. Die Reichsbankhauptkasse und alle Reichsbank- und Postanstalten bezahlen nunmehr für das Einmarkstück 8 Mark, das Zweimarkstück 16 Mark, das Dreimarkstück 24 Mark, das Fünfmarkstück 40 Mark, das Halbmarkstück oder Fünfzigpfennigstück 4 Mark, das silberne Zwanzigpfennigstück 1,60 Mark. Für einen Taler werden auf Grund seines höheren Silbergehaltes 26,50 Mark bezahlt. Bei abgenützten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

✱ **Das Memelgebiet als Ausland.** Durch den Friedensvertrag ist das Memelgebiet Ausland geworden. Für den Warenverkehr mit diesem Gebiet gelten daher an sich die gleichen Bestimmungen wie für das übrige Ausland, d. h. Ausfuhr und Einfuhr bedürfen der Bewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung. Bewilligungen für die Ausfuhr von Waren aus Ostpreußen werden von dem Vertreter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Königsberg grundsätzlich dann erteilt, wenn dem Antrage eine Bescheinigung der Handelskammer Memel beigefügt wird. Für die Einfuhr von Boden- und Gewerbeerzeugnissen aus dem Memelgebiete nach Deutschland sollen die erforderlichen Bewilligungen grundsätzlich ebenfalls von dem Vertreter des Reichskommissars in Königsberg erteilt werden.

✱ **Der Handelsverkehr mit dem Saargebiet,** das durch die Besetzung vom deutschen Zollgebiet abgetrennt und dem französischen zugeteilt worden ist, bedarf der Bewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr in Berlin. Bei der Erteilung der Ein- und Ausfuhrbewilligung soll jedoch auf die Bedürfnisse des Saargebiets und auf die Aufrechterhaltung der bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschen Reich jede mögliche Rücksicht genommen werden.

✱ **Verbot des Schleichhandels mit Edelmetallen.** Nach einer soeben erschienenen Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin steht der An- und Verkauf von Reichssilbermünzen in Markwährung für einen ihren Nennwert übersteigenden Preis nur der Reichsbank und den von ihr ermächtigten Stellen zu. Weiterhin ist der Handel im Umherziehen von Haus zu Haus, auf öffentlichen Wegen, Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten mit Gold, Silber und allen daraus hergestellten Gegenständen, vor allem jeder Hausier- und Straßenhandel mit allen Arten von Gold- und Silbermünzen verboten. Anzeigen in periodischen Druckschriften über Gold und Silber ohne nähere Bezeichnung sowie über alle Gold- und Silbermünzen sind untersagt. Zeitungsanzeigen über sonstige Gegenstände aus Gold, Silber oder Platin dürfen nicht unter Chiffre veröffentlicht werden. Für Zuwiderhandlungen sind strenge Gefängnis- und Geldstrafen angedroht.

✱ **Das Ende der Petroleumnot.** Es sind größere Einfuhren von Petroleum erfolgt. Schon in den zwei vergangenen Monaten entsprach die Verteilung an Petroleum ungefähr der Hälfte des Friedensbedarfs. Da zu berücksichtigen ist, daß in Friedenszeiten mit diesem Brennmittel nicht gerade sparsam umgegangen worden ist, und da jetzt Petroleum nur an solche Personen abgegeben wird, die über keine andere Lichtquelle verfügen, kann heute von einer Petroleumnot kaum mehr die Rede sein. Freilich äußert sich diese Wohltat mehr auf dem flachen Lande als in den großen Städten.

✱ **Futtererhöhung für Schweine.** Die Reichsgetreidestelle ist ermächtigt worden, aus ihren Beständen an die Schweinezüchter Gerste abzugeben. Die Lieferung erfolgt gegen Bezahlung zu mäßigen, festgesetzten Preisen und beträgt je zwei Zentner für den Wurf und für die Zuchtsau.

✱ **Mindestpreise statt Höchstpreise.** Im Reichswirtschaftsministerium finden zurzeit Verhandlungen über eine Neuregelung der Preise für die bewirtschafteten Lebensmittel statt. Zu festen Beschlüssen ist es bisher nicht gekommen. Es steht aber bereits heute fest, daß für die bewirtschafteten Lebensmittel im kommenden Jahr keine Höchstpreise festgesetzt werden, sondern daß man zu dem System der Mindestpreise übergehen wird.

✱ **46½ stündige reine Arbeitszeit im Berliner Metallgewerbe.** Infolge Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde ein Schiedsgericht zur Regelung der Arbeitszeit eingesetzt. Das Schiedsgericht hat jetzt die Entscheidung gefällt, daß nach Lage der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Steigerung der Produktion unbedingt erforderlich und daher in allen Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angehören, die 46½ stündige effektive Arbeitszeit pro Woche einzuführen ist, auch dort, wo bisher eine kürzere Arbeitszeit existierte. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind an diesen Schiedsspruch gebunden.

Schulstreik.

Freie Bahn dem Untüchtigen — in Holland!

Streik und kein Ende! Nicht nur bei uns, sondern überall. In Amsterdam streiken die Schiffbauarbeiter, die Schauspieler, die Schneiderinnen, wer weiß was noch! Kürzlich haben sogar die Schüler einer Fortbildungsschule gestreikt. Warum nicht? Sie hatten in den Zeitungen alle Tage von Streiks gelesen und wollten doch die Mode mitmachen.

Der Anlaß fand sich leicht. Ein Lehrer in einer der oberen Klassen hatte für einen bestimmten Tag eine „Wiederholung" angesagt, d. h. er wollte einmal sehen, was die Herren Schüler denn nun von dem Durchgenommenen eigentlich behalten hätten. Schüler, die dabei bestehen sollten, mußten sich also zu Hause das Pensum noch einmal ansehen. So etwas kommt ja wohl in allen Schulen vor, und die Pädagogen sind der Ansicht, daß Wiederholung das Wichtigste im Unterricht ist. Repetitio est mater studiorum, sagt der Lateiner, Wiederholung ist die Mutter des Studiums. Die Amsterdamer jungen Herren aber fanden, daß das eine zu große Belastung für ihre häusliche Arbeit wäre, und traten mit dem Lehrer in Unterhandlungen.

Die Unterhandlungen führten zu nichts. Der Lehrer bestand auf seinem Plan, die Jungen auch. Keine Partei wollte nachgeben. Die Vermittelung des Direktors scheiterte gleichfalls. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Lehrer und Klasse wurden abgebrochen.

Der Abend, an dem die große Wiederholung steigen sollte, kam heran. Die Sache sollte in Form eines sogen. Extemporales erfolgen, d. h. der Lehrer gab Fragen, die schriftlich zu beantworten waren, und diese Fragen wollte dann der Lehrer zensieren. Alle Zöglinge streikten; sie ließen den Lehrer ruhig seine Fragen diktieren und gaben sämtlich weiße Blätter ab. Nur ein Streikbrecher fand sich, der wenigstens ein paar Zeilen auf das Papier schrieb. Der Bursche wurde natürlich von den Zielbewußten gebührend verprügelt.

Damit war der Fall aber noch nicht erledigt. Die Schulen der übrigen Klassen fanden, daß mit einigem Takt auf seiten des Lehres der Konflikt sich hätte vermeiden lassen, und eine weitere Oberklasse, sowie eine der niederen Klassen beschlossen einen Sympathiestreik, der dann auch ausgeführt wurde.

An der Wandtafel erschien, mit Kreide geschrieben, ein Aufruf, gezeichnet „das revolutionäre Komitee", worin die Abschaffung aller Wiederholungen für alle Zeiten verlangt und zur Erreichung dieses erstrebenswerten Zieles die nötigen Maßnahmen angedroht wurden.

In früheren Zeiten hätte man gemeint, solche Schüler handelten nach dem Prinzip jenes bekannten Jünglings, der meinte: es sei seinem Vater schon recht, wenn ihm die Füße erfrören; warum kaufe er ihm keine Stiefel? Denn schließlich haben doch die Herren Jungens auch ein Interesse daran, etwas zu lernen. Aber darauf kommt es ja heutzutage nicht mehr an. Die Anstellungen und Entlassungen erfolgen ja nicht mehr danach, ob einer etwas kann oder nicht, auch bekommt der Tüchtige nicht mehr Lohn als der Faule. Hauptsache ist, daß man sich mit möglichst wenig Arbeit entsprechend einrichtet, und reicht der Verdienst der jungen Herren nicht für die unentbehrlichen Ausgaben, Schokolade, Zigaretten und dergleichen, so wird eben durch einen Streik eine neue Aufbesserung erzwungen. Es ist also nur konsequent, wenn man sich gegen das überflüssige Lernen zur Wehr setzt. Immer modern! M.

Nah und Fern.

○ **Paßerleichterungen für Besucher der Danziger Messe.** Die polnische Regierung hat eine bedeutende Erleichterung für die aus Deutschland kommenden Besucher der Danziger Frühjahrsmesse gewährt. Danach ist es nicht mehr nötig, die Pässe in Berlin beim polnischen Generalkonsulat visieren zu lassen, sondern die deutsch-polnische Grenze kann von allen Personen passiert werden, die einen behördlichen Personalausweis mit dem Vermerk: „Inhaber reist zur Danziger Messe!" besitzen.

○ **Die Zahl der Erkrankungen an schwarzen Pocken** nimmt in der Provinz Hannover in gefahrdrohender Weise zu. Im Landkreise Alfeld a. d. Leine sind bisher 28 Erkrankungen und drei Todesfälle an schwarzen Blattern zu verzeichnen. Aus anderen Regierungsbezirken liegen ähnliche Meldungen vor. Die Krankheit ist von Arbeitern aus Westfalen eingeschleppt worden. Überall sind auf Veranlassung der Kreisärzte strenge Absperrungsmaßnahmen getroffen und die Kranken in Baracken isoliert worden.

○ **Gefälschte ausländische Banknoten.** Noten der Tschecho-Slowakischen Republik wurden in letzter Zeit in großen Mengen gefälscht. Die Spuren der Fälscher wiesen nach Deutschland. Jetzt haben deutsche Kriminalbeamte auf der Grenzstation Ziegenhals die Notenschmuggler in den Personen eines ehemaligen Grenzpolizisten und zweier Landwirte entdeckt. Die Fälscherwerkstatt fand man in einer Breslauer Buchdruckerei.

○ **Brudermord.** In München hat der 17jährige Gymnasiast Voll, Sohn des vor vier Jahren verstorbenen Kunsthistorikers Professor Karl Voll, seinen 19jährigen Bruder erschossen und ist dann unter Mitnahme von Schmucksachen entflohen. Er hinterließ auf einem Zettel die Mitteilung, daß er den Bruder getötet habe, ohne daß ein Streit voraufgegangen wäre.

○ **Gestrandet.** Der Stettiner Dampfer „Teutonia" ist bei nebligem Wetter bei Oskarshamm an der schwedischen Küste gestrandet. Einige Abteile des Schiffes sind voll Wasser gelaufen. Die Mannschaft befindet sich in Sicherheit an Bord des Dampfers.

○ **Eine kostspielige Besatzung.** Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß die dortigen Besatzungstruppen folgende Bezüge erhalten: Offiziere erhalten eine einmalige Entschädigung in Höhe von 80 Pfund Sterling, d. h. nach dem gegenwärtigen Stand der Valuta 19 000 Mark, und ein monatliches Gehalt von 115 Pfund Sterling = 25 000 Mark, täglich also 900 Mark. Die Mitglieder der Kommission erhalten nach der gleichen Valutaberechnung täglich 800 Mark. Ein Kommissar erhält täglich 700 Mark. Topographen und Unteroffiziere erhalten täglich 320 Mark, Soldaten täglich 240 Mark.

○ **Karnevalsverbot.** In München, das einst eine der fidelsten Faschingsstädte Deutschlands war, ist in diesem Jahre der Karneval mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit verboten worden.

○ **Folgenschwerer Hotelbrand.** In einem Hotel in San Franzisko brach ein Brand aus. 21 Gäste wurden getötet, 30 verwundet. Ein Anzahl Gäste wird noch vermißt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 15. Februar (Estomihi), vormittags um 9 Uhr Beichte und hlg. Abendmahl. Um 9½ Uhr Anfang des Gottesdienstes. Kollekte für den schlesischen Landdotationsfonds.

Abends um 8 Uhr Versammlung des Christlichen Vereins junger Männer im Speisesaal der Firma Füllner.

Katholische Kirche.

Sonntags: ½7 Uhr hlg. Messe, 9 Uhr Predigt, ½10 Uhr Hochamt, ½3 Uhr Segensandacht.
Wochentags: täglich 7 Uhr hlg. Messe.
Sonnabend: 5 Uhr Beichtgelegenheit.

Evangelisch-lutherische Kirche in Herischdorf.

Vormittags 9½ Uhr Lesegottesdienst.
Vormittags 9½ Uhr Predigt in Schosdorf. P. Kuhlmann.
Dienstag nachmittags 5 Uhr Bibelstunde in Hirschberg.
Donnerstag 5 Uhr Passionsgottesdienst in Herischdorf.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche).
Sonntag nachmittag 4 Uhr, Versammlung Deutsch-Kolonie 4 und Sonntag nachmittag 4½ Uhr Bibelstunde, Villa Horter, Salzbrücke, 1. Treppe

Bekanntmachungen.

1. Landwirtschaftl. Arbeitskräfte.

Auf Wunsch der Landwirtschaftskammer ist umgehend hierher zu melden, wieviel Arbeitskräfte in diesem Jahre außer den schon vorhandenen in der Landwirtschaft benötigt werden. Wegen der Ausfüllung eines vorgeschriebenen Vordruckes ist die Anmeldung persönlich in der Ortskanzlei zu bewirken.

2. Kartoffelversorgung.

Es ist gelungen, einen Wagen Kartoffeln zu erhalten Nur mit dem Namensstempel des Unterzeichneten versehene Kartoffelmarken und nur mit Gültigkeit von der laufenden Woche ab, dürfen eingelöst werden.

3. Abstimmung in Oberschlesien.

Jede Person, die bis 1. Januar d. Js. das 20. Lebensjahr vollendet hat, und in der Abstimmungs-Zone geboren ist, ist abstimmungsberechtigt. Zu den letzteren gehören die Kreise Kreuzburg, Rosenberg, Oppeln, Lublinitz, Groß Strehlitz, Gleiwitz, Tarnowitz, Cosel, Leobschütz, Rybnik, Beuthen, Hindenburg, Königshütte, Kattowitz und Teile von Namslau, Neustadt und Ratibor. Es ist unbedingt erforderlich, daß jeder Berechtigte sein Stimmrecht ausübt. Zu näherer Auskunft über die Ermöglichung der Abstimmung pp. erteilt der Vertrauensmann des Verbandes heimatstreuer Oberschlesier für Warmbrunn Herr Oberschichtmeister Laske, Hermsdorferstraße 5.

4. Aepfel

bei Aßmann, Heilmann und Pantke zu 0,70, 0,80 und 1 Mk. Besonders Musäpfel für Brotaufstrich sind sehr zu empfehlen.

Warmbrunn, den 13. Februar 1920.

Der Gemeindevorstand.
Neugebauer.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 22. Januar wird für den Bereich des Kreises Hirschberg folgendes angeordnet:

1. Benutzte, im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergroße Wohnungen können zur Unterbringung von Einzelpersonen ohne selbstständigen Haushalt hinsichtlich einzelner für diese entbehrlicher und für eine Abgabe passend gelegener Räume auch dann in Anspruch genommen werden, wenn eine wirtschaftliche Abtrennung nicht möglich ist. Die wohnliche Ausstattung dieser Räume mit verfügbaren Einrichtungsgegenständen kann gegen angemessene Entschädigung verlangt werden. Der Wohnungszuzugsberechtigte solcher übergroßen Wohnung hat den Beauftragten des Kreisausschusses oder der zuständigen Gemeinde Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu gestatten.

2. Alle Hausbesitzer oder ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt ist, oder festgesetzt, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Kreisausschuß unter Angabe der Größe der Wohnung (Zahl der Zimmer einschließlich Küche) anzuzeigen. Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Kreis erklärt hat, daß er einen Wohnungsuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will, oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Kreis sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Verträge sind ungültig.

3. Vermieter, die dieser Vorschrift zuwiderhandeln, werden gemäß § 10 der Wohnungsmangelverordnung mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark belegt,

Hirschberg, den 31. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J. A.: Dr. Albrecht.

Für die unendlich zahlreichen Beweise aufrichtiger Liebe und Teilnahme, welche uns bei dem unerwartet frühen Heimgange unseres geliebten, unvergeßlichen Entschlafenen in Wort und Schrift und herrlichen Kranzspenden erwiesen worden sind, können wir nur auf diesem Wege unseren innigsten Dank aussprechen, desgleichen allen, besonders dem Militärverein und Gesangsabteilung, der Feuerwehr, der Bäcker-Innung und dem kath. Gesellenverein für das ehrende Geleit zur letzten Ruhe, ein „herzliches Gott vergelts".

Im Namen aller Hinterbliebenen
die tieftrauernde Gattin Hedwig Gross.

Warmbrunn, den 12. Februar 1920.

Katholische Schule.

Sonnabend, d. 14. d. Mts., abds. 8 Uhr, findet im Blockhause

die Vorversammlung

für die voraussichtlich am 14. März erfolgende

Wahl eines Elternbeirates

statt. Wahlberechtigt sind nur die Eltern, deren Kinder im kommenden Schuljahre tatsächlich die hiesige katholische Schule besuchen. **Einsprüche gegen die Liste der Wahlberechtigten**, die vom 15.—29. d. Mts. beim Hausmeister der Schule zur Einsicht ausliegt, sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem unterzeichneten Schulleiter zu erheben.

Hauptmann, Hauptlehrer.

Galerie Warmbrunn.

Sonnabend, den 14. Februar,
abends 8 Uhr
in sämtlichen Räumen der „Galerie":

Geschlossener

Maskenball

unter perönl. Leitung d. Tanzlehrers Herrn W. Schol

Große Ueberraschungen.

Liste zum Einschreiben liegt in der „Galerie" aus.

Heinrich Bender,
Kurhauspächter.

Restaurant „Damhirsch".

Sonntag nachmittag 4 Uhr:

Preis-Skat

wozu freundlichst einladet **Wilhelm Herbst.**

Restaurant „Fürst Bismarck",

Ober-Herischdorf,
Giersdorferstraße 223, Ecke Weihrichsbergstraße.

Sonntag, den 15. Februar
und folgende Tage:

Bockbierfest.

ff. Bockwürstchen mit Salat, Kaffee mit eigen. Hausgebäck, gutgepflegte Biere und Weine — Bockmützen vorrätig.

Es laden ergebenst ein und halten sich bestens empfohlen

Wilhelm Köster und Frau.

Deutsche Volkspartei (Nationallib. Partei)

Sonntag, den 15. Februar,

Vortrag

des Herrn **Generalsekretärs Klopfer** über:

„Die politische Lage und den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens."

Nachmittags 3 Uhr in **Giersdorf** im Gasthof „Zum hohlen Stein".

Abds. 7/8 Uhr in **Warmbrunn** in der „Galerie".

Alle deutschen Männer und Frauen, welche unseren politischen Anschauungen nahestehen, sind ergebenst eingeladen.

Direktor Butter, Vorsitzender.

Kriegsanleihe in jeder Höhe **kauft** gegen bar
Hans Hinderer, Berlin S, Schwäb. Straße 18

Logierhaus mit Garten oder Landwirtschaft

sofort zu kaufen gesucht.
Ausführliche Angebote an
Dziemballa, Kl.-Silsterwitz bei Jobten.
(Heinzehaus.)

Am Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr,
findet in der
Evangelischen Kirche zu Warmbrunn
der

2. Evangelische Gemeindeabend

statt.

Herr Pastor Lic. Warko-Hirschberg spricht über:

„Evangelische Kirche und deutscher Volksstaat."

Alle Evangelischen sind herzlichst eingeladen.

Der Vorstand des Evangelischen Bundes, Zweigverein Warmbrunn und Umgegend.

Voranzeige!

Donnerstag, den 26. Februar 1920
abends 7½ Uhr,
in der „Galerie"

Lieder- u. Duetten-Abend

von
Frieda Winning (Sopran)
Karl Böhm (Bariton)
Am Klavier **Kläre Winning.**

Eintrittskarten zu 3,50 und 2,50 Mark in der Buch- und Kunsthandlung von Max Leipelt.

100 Mk. Belohnung.

Grauweiße Katze
mit kurzem Schwanz, weiße Nase, **entlaufen.**
Abzugeben
Hermsdorferstraße 55, II.

Gut erhaltene
Nußbaum-Kredenz
(Anrichte) und
Nähtischchen
zu kaufen gesucht.
Fremdenheim Kaiserhof,
Warmbrunn.

Zu verkaufen:

Weiße Porz.-Bratenschüsseln und Gemüseschüsseln,
1 gr. schwarzlackiertes Tablett,
Kompottieren,
weiße Bettdecken,
Zylinder (Klapphut), Weite 57,
Petroleum-Hängelampe.
Besichtigung von 11 Uhr an.
Herischdorf,
Bahnhofstraße 6, 1. Etage.

Gebrauch. Piano oder Stutzflügel

zu kaufen gesucht.
Angebote unter **P 50**
Postlagernd Warmbrunn.

Ganz kleines, heizbares, einfach möbliertes, mäßig ruhiges
Zimmer
mit voller reichlicher, oder teilweiser, oder auch ohne Kost, in Warmbrunn oder Herischdorf für bald oder spätestens 15. März beziehbar, bis zum 15. Juni d. Js. einschließlich **gesucht.**
Gefällige ausführliche Angebote erbeten unter „**Möbl. 100**" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Achtung.

Der nie wiederkehrende
höchste Preis für
Maulwürfe
ist jetzt für das
Stück 8—10 Mark
und kauft dieselben
Karl Selle,
Kürschner,
Bad Warmbrunn,
a. d. Badeverwaltung

Suche für 2 Mädchen vom Lande, 18 und 20 Jahre alt, in Warmbrunn oder Herischdorf zum 1. April 1920
Stellung
in kleinerem Haushalt, wo sich Gelegenheit bietet, sich weiter zu vervollkommnen. Familienanschluß erwünscht. Angeb. u. „**Mädchen**" a. d. Gesch. d. Ztg.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft gratis.
Versandhaus Wohlfahrt, München 335a
Hiltensbergerstraße 6.

Das Zahnpulver „Nr. 23"

(**gesetzlich geschützt**). Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt **P. Bahr.**
In 2 Packungen:
„Rosa" erhält die Zähne gesund u. blendendweiß
„Weiss" zahnsteinlösend, reinigend.
Man verl. **Nr. 23** mit Namenszug ausdrückl. **Nr. 23** Zahnarzt P. Bahr.
Ueberall zu haben

Zigaretten

aus hell. oriental. Tabak mit Goldmundstück.
Banderole F Mk. 230.— pr. Mille. Versand nicht unter 1 Mille. — **Rauchtabak**, gar. rein Uebersee, Mk. 19.— per Pfund. Versand nicht unter 5 Pfd., laufend abzugeben unter Nachnahme.
Carl Aug. Schmidt, Hamburg 36.
Esplanade 6. Fernruf Nordsee 4433. Telegr.: Cubatabak.

Visiten-Karten liefert in jeder Ausführung **Fleischers Buchdruckerei.**